

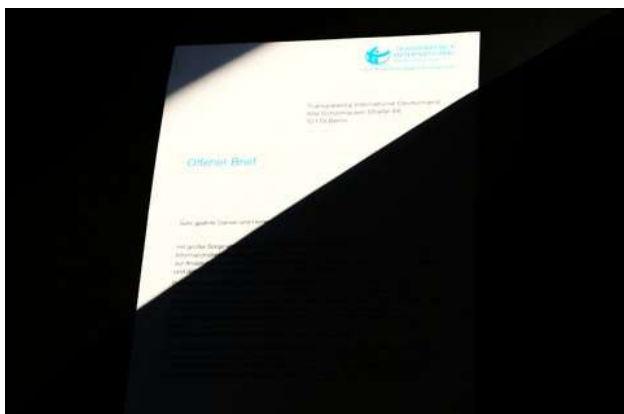
[Startseite](#) [Aktuelles](#) [Offener Brief an die Bundesregierung,...](#)

BEITRAG

POLITIK

Offener Brief an die Bundesregierung, das Bundesinnenministerium und die Bundestagsabgeordneten im Innenausschuss

07.07.2026



**„Hände weg vom IFG! – Retten Sie
die Informationsfreiheit“**

Sehr geehrte Mitglieder der
Bundesregierung,
sehr geehrter Herr Bundesminister des
Innern,

sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses im Bundestag,



**die vom Koalitionsausschuss geplanten Änderungen des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) bedeuten einen massiven Rückschritt für die gesellschaftlichen Freiheitsrechte und alarmieren un-
zutiefst.**



In Zeiten wachsenden Misstrauens gegenüber Politik und staatlichen Institutionen will die Regierungskoalition eines der wichtigsten Transparenzinstrumente der Bundesrepublik de facto abschaffen. Das IFG ermöglicht seit 20 Jahren, dass Korruption und Machtmissbrauch konsequent aufgedeckt werden. Sollten die geplanten Anpassungen von Ihnen umgesetzt werden, so wäre das nicht nur das Aus für einen Großteil der IFG-Anträge, sondern auch ein fataler Einschnitt in die Pressefreiheit in Deutschland.

Im Koalitionsvertrag von 2025 hatten Union und SPD noch vereinbart, das IFG „mit einem Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung“ zu reformieren. Der jetzige Beschluss kehrt dieses Versprechen ins Gegenteil: Kein einziger der angekündigten Punkte verspricht einen Mehrwert für die Bevölkerung, jeder von ihnen bedeutet einen massiven Rückschritt für die Informationsfreiheit. Als breites Bündnis aus **137** zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen, Projekten, Verbänden und Medien fordern wir Sie dazu auf: **Stoppen Sie diese Pläne! Schützen Sie das IFG und die Informationsfreiheit in ihrer heutigen Form!**

Der Beschluss von Union und SPD sieht vor, künftig nur noch IFG-Anträge mit einem nachgewiesenen „berechtigten Interesse“ zuzulassen und zivilgesellschaftliche Organisationen, Pressevertreter:innen sowie Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder Unionsbürgerschaft auszuschließen. Behörden könnten Anträge über weitere Bereichsausnahmen noch leichter ablehnen, Namen von allen Behördenmitarbeiter:innen – auch in leitenden Funktionen – sollen konsequent geschwärzt werden. Künftig wären fast alle Anträge nicht mehr zulässig und die verbleibenden könnten zu massiven Kosten für die Antragstellenden führen oder wichtige Informationen vorenthalten. Das Resultat: **Das Ende der Informationsfreiheit.**

Unter dem Vorwand des „Bürokratierückbaus“, der „staatlichen Resilienz“ und dem Schutz Kritischer Infrastruktur wird das Informationsfreiheitsgesetz ausgehöhlt. Dabei gilt bereits heute: Die bestehenden Regelungen ermöglichen es Behörden, sensible Sicherheitsinformationen zu schützen. Die Argumente der Bundesregierung, eingebettet in Wachstumsmaßnahmen, wirken daher vielmehr wie ein Deckmantel, um ein für die Verwaltung und Politik unbequem gewordenes Recht loszuwerden.

Die Zahlen zeigen: Die Koalitionsparteien arbeiten hier gegen den Willen der Bürger:innen:

Ein Großteil der Bevölkerung (83%) wünscht sich laut einer aktuellen Studie im Auftrag des Bundes mehr proaktive Transparenz und Informationsfreiheit der Behörden.

Hunderttausende stellten sich während der Koalitionsverhandlungen 2025 in einer Petition gegen den Angriff auf das IFG und konnten diesen abwehren.

Sollten die Regierungspläne wie geplant umgesetzt werden, würde Millionen Bürger:innen sowie Journalist:innen und Organisationen das Recht auf Informationsfreiheit verwehrt. Darunter leiden werden: faktenbasierte Berichterstattung, öffentliche Kontrolle, das zivilgesellschaftliche Engagement sowie das Vertrauen in die Politik. Die Demokratie braucht ein starkes IFG!

Als breites Bündnis aus 138 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen, Projekten, Verbänden und Medien fordern wir Sie daher auf: Stoppen Sie die Pläne zur Einschränkung des Informationsfreiheitsgesetzes und schützen Sie die Transparenz für alle!

abgeordnetenwatch

AG KRITIS

Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e.V.

Aktionsbündnis Nichtraucher e.V. (ABNR)

AlgorithmWatch

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Landesverband Berlin – ADFC

Berlin eV.

Allianz “Rechtssicherheit für politische Willensbildung”

Amnesty International

anna elbe - Weitblick für Hamburg

Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V.

attac Deutschland

BarrierenWatch

betterplace lab gGmbH

BLUE 21 e.V.

BUND - Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.

BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN)

Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel - KOK e.V.

BUNDjugend Bayern

Bürger*innenInitiative A100 (BI A100)

Bürgerbewegung Finanzwende e.V.

Campact e.V

Cannabis Verband Deutschland

Center for Democracy and Information Integrity

Centre for Law and Democracy

Changing Cities e. V.

chaos computer club e.V

Cinematographinnen

ClientEarth gGmbH

Climate+Tech Think-tank für Klima und Resilienz

codetekt e.V. - mit Nachrichtenkompetenz gegen Desinformation!

Coordination gegen BAYER-Gefahren

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt

Datenpunks Bremen

Democracy International e.V.

Der Freitag

Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V.

Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di

Deutsche Umwelthilfe

Deutscher Fundraising Verband e.V.

Deutscher Journalisten-Verband e.V.



Deutscher Naturschutzring (DNR)

**Deutsches Netz Rauchfreier Krankenhäuser &
Gesundheitseinrichtungen e.V.**

die tageszeitung (taz)

Die VERBRAUCHER INITIATIVE e.V. (Bundesverband)

Digitalcourage e.V.

Digitale Gesellschaft e.V.

ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights)

Europäisches Zentrum für Presse und Medienfreiheit (ECPMF)

FEMNET

FIAN Deutschland e.V.

Filmzirkel Hannover

foodwatch

Forum Fairer Handel

**Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche
Verantwortung (FlfF)**

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.

Forum Umwelt & Entwicklung

FragDenStaat

Frauen Aktiv Contra Tabak e.V.

Freischreiber e.V.

Fridays for Future Deutschland

futur eins e.V.

Gen-ethisches Netzwerk e.V.

German Unix User Group (GUUG) e.V.

Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V.

Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands e.V. (GKP)

Global Policy Forum Europe

GLS Treuhand e.V.

Green Legal Impact Germany e.V.

Greenpeace e.V.

GRÜNE LIGA e.V.

HateAid

Humanistische Union e.V.

Initiative Offene Gesellschaft e.V.



INKOTA Netzwerk e.V.

innn.it e.V.

Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit e.V.

Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung, IFT-Nord gGmbH

Interface Tech analysis and policy ideas for Europe e.V.

Internationale Vereinigung Intergeschlechtlicher Menschen -

Organisation Intersex International Germany e.V.

Investigativstation

Jugendpresse Deutschland e.V.

Kabul Luftbrücke

kleindatenverein

Klimadashboard.org

KURVE Wustrow e.V.

Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin e.V.

**Landesverband Schleswig-Holstein im Bundesverband der
praktizierender Tierärzte**

Lausitzer Perspektiven e.V.

LOAD e.V. - Verein für liberale Netzpolitik

LobbyControl

mafianeindanke e.V.

Mehr Demokratie e.V.

NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

**NACOA Deutschland Interessenvertretung für Kinder aus Suchtfamilien
e.V.**

nature solidarity e.V.

Netzwerk Klimajournalismus Deutschland e.V.

Netzwerk Recherche e.V.

Neue deutsche Medienmacher*innen e. V.

Nichtraucherschutzverband Deutschland e.V. (NRSV)

Omas gegen Rechts Deutschland e.V.

Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.

Open Parliament TV

openPetition

**Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale
Souveränität e.V. (OSBA)**



Paper Trail Media

Perspective Daily

Politics for Tomorrow / nextlearning e. V.

PowerShift

PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.

Pro Rauchfrei e.V.

ProjectTogether gGmbH

QueerScope | Verband der unabhängigen queeren Filmfestivals in Deutschland e.V.

Reporter ohne Grenzen

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV e.V.)

Rettet den Regenwald e.V.

Romero Initiative e.V.

Schleswig-Holstein Summer School e.V.

Schrödinger & Katze e. V.

Sea-Eye e.V.

Sea-Watch e.V.

SÜDWIND e.V.

SUPERRR Lab gGmbH

Sustainability Reporting Navigator

teilensWert e.V.

Transparency International Deutschland e.V.

Umweltinstitut München e.V.

urgewald

Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher e.V.

Verband der Requisite & Set Decoration e.V.

Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.

Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.v.

Verfassungsblog gGmbH

Weltladen Hailer

Werkstatt Ökonomie e.V.

Whistleblower-Netzwerk e.V.

Wikimedia Deutschland

Women Engage for a Common Future (WECF) Deutschland e.V.

zerforschung





Schlagwörter

INFORMATIONSFREIHEIT

